

MIT-Aktuell 03. März 2010

Vor einer Woche traf sich der CDU-Landesfachausschuss Wirtschaft und Finanzen zu einer Sitzung in Oldenburg. Gastreferent war der Referatsleiter Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Herr MR Roland Irek.. Thema des Abends war Entbürokratisierung.

Herr Irek hielt ein äußerst interessantes und auch konstruktiv kritisches Referat zu dem Thema, dass besonders für unseren Mittelstand von großer Bedeutung ist.

Im Folgenden einige Auszüge und Daten aus dem Referat in Kurzform:

Die verbindlichen Rechtsakte der EU umfassen etwa 100.000 Seiten. Für die BRD gelten 1.924 Gesetze, 3.440 Rechtsverordnungen und 6.500 Verwaltungsvorschriften. Im Land Niedersachsen regeln 657 Gesetze und Verordnungen und 1.333 Verwaltungsvorschriften, die überwiegend der Erfüllung von EU- und Bundesrecht dienen, die rechtliche Funktion des Landes.

Diese Gesetzesflut bleibt natürlich nicht ohne Auswirkung auf unsere wirtschaftliche Situation. Die logische Konsequenz: Bürokratiekosten für unsere Wirtschaft 46 Mrd. €/a davon 84 % für KMU-Unternehmen.. In Kleinunternehmen bis 9 Beschäftigte arbeitet jeder Beschäftigte rechnerisch 64 Stunden pro Jahr für bürokratische Aufgaben. D.h. jeder Arbeitsplatz in Kleinunternehmen wird mit 4.400 € Bürokratiekosten pro Jahr belastet. Von 1994 bis 2003 betrug der Bürokratiekostenzuwachs inflationsbereinigt 26 %. Nun entsteht diese Normenflut nicht willkürlich, sondern weit überwiegend aus den Ansprüchen einer zunehmend komplexeren und weniger eigenverantwortlichen Gesellschaft. Daraus resultiert, dass wir in Deutschland und in der EU – Bürokratiekosten geschätzt 600. Mrd. € - dringend ein Umdenken benötigen. Weg von dem kollektiven Sicherheitsdenken, das immer mehr staatliche Reglementierung erzeugt, hin zu einer selbstbewussten Eigenverantwortung einer Zivilgesellschaft.

Nach dekadenlanger Diskussion gibt es inzwischen Bemühungen, diese Normenflut zu reduzieren. Allerdings sind die Erfolg differenziert zu erkennen. In der EU soll es der Herr Stoiber richten, bisher mit wenig Erfolg. In der BRD gibt es seit 2005 den Normenkontrollrat (NKR) und immerhin drei Mittelstandsentlastungsgesetze (MEG), die systematisch besonders die Informationspflichten der Wirtschaft in der Höhe von 40 Mrd. € Abbauen sollen. Immerhin basieren 75 % dieser Kosten auf Bundesrecht. Allein die 2100 aufwändigsten Informationspflichten kosten der Wirtschaft 27 Mrd. €, davon als teuerster Einzelposten die Aufbewahrungspflicht der Rechnungen 6 Mrd. €.

Ganz anders auf Landesebene Niedersachsen. Seit 2003 wurden neben der Auflösung der Bezirksregierungen, deren Aufgaben allerdings zum großen Teil in die Landes- oder Kommunalbehörden verlegt wurden, 51,9 % aller Vorschriften, also Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften aufgehoben. Im Einzelnen: Von 4.135 Vorschriften wurden 2.145 gestrichen und zwar 126 Gesetze und 2.019 Verwaltungsvorschriften. Auch über die Landeskompetenz hinaus war Niedersachsen durchaus erfolgreich: Die Bundesregierung wollte nach siebenjähriger (!) Beratung eine Fahrradausrüstungsverordnung, 36 Seiten stark mit 17 Paragraphen (z.B. stand für Fahrradklingel „eine am Lenkrad befestigte helltönende Glocke“ als Vorschrift als Gesetz durch die parlamentarischen Gremien bringen. Niedersachsen

hat in dem Falle eine Ländermehrheit im Bundesrat organisiert und somit wurde zumindest dieses Regelmonster dort abgelehnt

Trotz dieser o. g. Einzelerfolge bewegt Deutschland mit der Entbürokratisierung im internationalen Vergleich eher im Mittelfeld und die Ergebnisse der Anstrengungen zum Bürokratieabbau haben sich nach Einschätzung der Wirtschaft in Deutschland noch nicht überzeugend ausgewirkt.

Bürokratieabbau ist ein langfristiger Prozess, ein „Bohren von dicken Brettern“. Gesetze sind das Ergebnis eines intensiven, von allen Beteiligten, insbesondere von unzähligen professionellen Lobbygruppen, mit ernsthaften und durchaus beachtlichen Argumenten unterlegter Abwägungsprozess. Bürokratieabbau bedeutet aber Mut, althergebrachte Sichtweisen sowie Denkblockaden zu überwinden. Das schulden alle Verantwortlichen dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Außerhalb des o.g. Referates als Ergänzung noch einige Zahlen des Statistischen Bundesamtes:

BRD- Bürokratismus

Beschlossene Gesetze

(Art. 78, 82 GG)

13. Wahlperiode 94/98	14. Wahlperiode 98/02	15. Wahlperiode 02/05	16. Wahlperiode 05/09
551	549	385	> 600

Rechtsverordnungen

1753	1515	968
------	------	-----

551 Ges. : 4 = 138 Ges./a :12 = **11** Ges./Mt..

1.753 RVO :4 = 438 RVO/a :12 = **37** RVO/Mt.

Henry W. Rosskamp100303

NB.: Wer am gesamten Bericht (17Seiten) von Herrn MR Ronalf Irek interessiert ist, nenne mir bitte seine e--Mail-Adresse.